

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **11.04.2013** im Ratssaal des Schlosses,
Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

17.WP/Rat/011

Beginn öffentlicher Teil: 19:04 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 20:47 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 20:46 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 20:54 Uhr

Anwesend: **Bürgermeister**

Baxmann, Alfred

Ratsvorsitzender

Weinel, Olaf

1. stellv. Bürgermeisterin

Weilert-Penk, Christa

2. stellv. Bürgermeisterin

Heller, Simone

Ratsherren/-frauen

Apel, Robert
Birgin, Gurbet
Braun, Hartmut
Brönnemann, Alfred
Bublitz, Werner
Dralle, Karl-Heinz
Ehrhardt, Hans-Joachim
Fleischmann, Michael
Gersemann, Christiane
Heldt, Gabriele
Hinz, Gerald
Hunze, Carl
Knauer, Detlef
Köneke, Klaus
Kuyucu, Ahmet
Leykum, Maria
Meinig, Birgit
Meißner, Claudia
Morch, Hans-Dieter
Obst, Wolfgang
Peters, Kai
Pilgrim, Adolf-W.
Plaß, Barthold
Rheinhardt, Michael
Ruser, Horst
Schrader, Karl-Ludwig
Schulz, Kurt-Ulrich
von Oettingen, Gero

Zschoch, Mirco

Verwaltung

Franke, Marius
Kugel, Michael
Philipps, Lutz
Vierke, Silke

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 21. Februar 2013
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
5. Satzung zur Aufhebung der Satzung der Stadt Burgdorf über Zwangsmittel zur Durchsetzung von Brandverhütungsmaßnahmen
Vorlage: 2013 0322
6. Gründung einer IGS in Burgdorf
- Antrag der Gruppe SPD - B' 90/Grüne im Rat der Stadt Burgdorf vom 22.02.2013
-
Vorlage: 2013 0324
- 6.1. Gründung einer IGS in Burgdorf
-Ergänzungsantrag zum Antrag der Gruppe SPD, B' 90/Grüne vom 22.02.2013-
Bezugsvorlage: 2013 0324
Vorlage: 2013 0324/1
- 6.2. Gründung einer IGS in Burgdorf
-Ergänzungsantrag zum Antrag der Gruppe SPD, B' 90/Grüne vom 22.02.2013-
Bezugsvorlage: 2013 0324 und 2013 0324/1
Vorlage: 2013 0324/2
7. Überarbeitung des Gleichstellungsplan gem. § 15 des Nds. Gleichstellungsgesetzes (NGG)
- Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 22.03.2013 -
- Bezugsvorlage: 2012 0226
Vorlage: 2013 0337

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

(Vor Beginn der Tagesordnung im „öffentlichen Teil“)

Es wurden keine Fragen gestellt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Weinel eröffnete die Sitzung um 19.04 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er wies auf zwei Tischvorlagen zum Tagesordnungspunkt "Gründung einer IGS in Burgdorf - Antrag der Gruppe SPD/Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Burgdorf vom 22.02.2013 - Vorlage 2013 0324" hin.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der diesem Protokoll vorangestellten Fassung beschlossen.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 21. Februar 2013

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Das Protokoll der Ratssitzung vom 21.02.2013 wird genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Weinel gratulierte den Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung Geburtstag hatten: Herr Apel, Frau Heldt, Herr Hinz, Herr Morich, Herr Obst und Herr Peters.

Herr Baxmann gratulierte den Eheleuten Meißner zur Silberhochzeit und überreichte ein Präsent. Es folgten weitere Gratulationen.

Herr Kugel informierte, dass am Mittwoch, dem 17. April um 19.00 Uhr in der Aula des Gymnasiums eine Info-Veranstaltung zum Thema Inklusion stattfindet.

4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

- K e i n e -

5. **Satzung zur Aufhebung der Satzung der Stadt Burgdorf über Zwangsmittel zur Durchsetzung von Brandverhütungsmaßnahmen**
Vorlage: 2013 0322
-

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der dem Originalprotokoll als Anlage A beigefügten Satzung der Stadt Burgdorf über die Aufhebung der Satzung über Zwangsmittel zur Durchsetzung von Brandverhütungsmaßnahmen.

6. **Gründung einer IGS in Burgdorf**
- Antrag der Gruppe SPD - B' 90/Grüne im Rat der Stadt Burgdorf vom 22.02.2013 -
Vorlage: 2013 0324
-

Siehe Tagesordnungspunkt 6.2.

- 6.1. **Gründung einer IGS in Burgdorf**
-Ergänzungsantrag zum Antrag der Gruppe SPD, B' 90/Grüne vom 22.02.2013-
Bezugsvorlage: 2013 0324
Vorlage: 2013 0324/1
-

Siehe Tagesordnungspunkt 6.2.

- 6.2. **Gründung einer IGS in Burgdorf**
-Ergänzungsantrag zum Antrag der Gruppe SPD, B' 90/Grüne vom 22.02.2013-
Bezugsvorlage: 2013 0324 und 2013 0324/1
Vorlage: 2013 0324/2
-

Herr Ruser erläuterte ausführlich den Antrag der Gruppe SPD/Bündnis 90/Die Grünen sowie den Ergänzungsantrag und bat um Überweisung in den Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport.

Herr Zschoch erklärte, dass sich die CDU-Fraktion ergebnisoffen einer Diskussion stelle. Zum Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion erklärte er, dass erst wenn die räumlichen und finanziellen Auswirkungen bekannt seien, die Diskussion beginnen könne.

Die **WGS-Fraktion** sowie **Herr Fleischmann** unterstützten den Antrag auf Gründung einer IGS in Burgdorf.

In der Diskussion wurde deutlich, dass sich die Schullandschaft verändere und seitens der Eltern eine Angebotspalette gewünscht werde.

Die **Gruppe SPD/Bündnis 90/Die Grünen** äußerte die Annahme, dass die Einführung einer IGS die Ersetzung der Haupt- und ggfs. auch der Realschule zur Folge haben werde.

Die **CDU-Fraktion** gab zu bedenken, dass das Gymnasium mit seinem vielfältigen Angebot bei Einführung einer IGS nicht auf dem jetzigen Standard beibehalten werden könne.

Herr Kugel erklärte, dass es noch kein neues Schulgesetz gebe, das erleichterte Bedingungen für die Einrichtung einer IGS beinhalte. Es gebe derzeit nur eine Ankündigung der neuen Landesregierung und einen Gesetzentwurf. Eine erleichterte Zulassungsvoraussetzung für eine IGS sei vorgesehen. Er erläuterte, dass nach diesem Entwurf die Vierzügigkeit mit 120 Schüler/innen/Jahrgang bzw. als Ausnahme mit einer Dreizügigkeit mit 90 Schüler/innen/Jahrgang erforderlich sei. Ferner handele es sich um eine ersetzende Schulform. Dieses müsse thematisiert und konkretisiert werden. Es stelle sich die Frage, welche der vorhandenen Schulformen, z.B. die Haupt- und Realschule, ersetzt werden solle. Dann gebe es eine IGS und das Gymnasium. Der Inhalt eines Fragebogens solle gemeinsam im Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport abgestimmt werden, um anschließend im Verwaltungsausschuss verabschiedet zu werden. **Herr Kugel** sprach sich für die Einrichtung einer Arbeitsgruppe aus Politik, Schulleitungen, Verwaltung und Stadtelternrat aus.

Herr Baxmann erinnerte daran, dass die Stadt Burgdorf rd. 200.000 € jährlich an Gastschulgeldern aufwenden muss. Derzeit besuchen rd. 120 Schüler/innen nicht mehr eine Schule in Burgdorf. Diese Zahl hat sich in den vergangenen Jahren erheblich gesteigert (früher rd. 30 Schüler/innen). **Herr Baxmann** warb dafür, Informationsveranstaltungen für Eltern und Schüler/innen anzubieten, bevor eine Bedarfsermittlung mittels Umfrage erfolge.

Frau Gersemann stellte den Änderungsantrag, dass die zur Gründung einer IGS notwendige Bedarfsabfrage vor den Herbstferien 2013 durchzuführen ist.

Entsprechend diesem Änderungsantrag fasste der Rat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Antrag der Gruppe SPD/Bündnis 90/Die Grünen vom 22.02.2013, der Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 08.04.2013 und der Ergänzungsantrag der Gruppe SPD/Bündnis 90/Die Grünen vom 11.04.2013 werden in den Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport überwiesen.

- 7. Überarbeitung des Gleichstellungsplan gem. § 15 des Nds. Gleichstellungsgesetzes (NGG)**
- Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 22.03.2013 -
- Bezugsvorlage: 2012 0226
Vorlage: 2013 0337
-

Herr Knauer erläuterte den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.03.2013 und forderte die Verwaltung auf, die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten.

Herr Baxmann antwortete, dass die Erfüllung formaler Kriterien fernab der Realität stehe und für die Betroffenen selbst keine positiven Auswirkungen habe. Er schlug vor, gemeinsam mit der Verwaltung eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zu bilden und gemeinsam die Einzelfälle auszuwerten.

Herr Fleischmann begrüßte den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er äußerte den Wunsch, dass Zielvorgaben gesetzt werden, um den Frauenanteil in Leitungspositionen zu verstärken.

Herr Schulz wies darauf hin, dass die Auswahl von Personal von der Eignung, Befähigung und der fachlichen Leistung abhängt. Er lobte in diesem Zusammenhang die gute Personalauswahl und erklärte, dass er hier keinerlei Kritik an der Arbeit der Verwaltung sehe.

Herr Philipps erinnerte daran, dass der Gleichstellungsplan den Stand vom 30.06.2011 ausweise. Er zeige auf, wie sich die Situation in den einzelnen Besoldungs- und Entgeltgruppen darstelle. Es werde kenntlich gemacht, wo eine Unterrepräsentanz eines bestimmten Geschlechts zu verzeichnen sei. Bei gleichen Voraussetzungen in Bezug auf die Eignung, Befähigung und fachliche Leistung werde, sofern eine Unterrepräsentanz vorliege, die Entscheidung der Personalauswahl dann unter Berücksichtigung des unterrepräsentierten Geschlechts getroffen. **Herr Philipps** wies auch darauf hin, dass zum Beispiel im Bereich der Kindertagesstätten eine Dominanz der Frauen vorliege und hier Bewerbungen männlicher Bewerber wünschenswert seien, aber weitgehend ausblieben.

Frau Leykum erläuterte, dass der Gleichstellungsplan eine Absichtserklärung beinhalte. Es lägen offensichtlich unterschiedliche Sichtweisen zwischen Politik und Verwaltung vor. Die gesetzlichen Anforderungen sind einzuhalten.

Mit 18 Jastimmen, 6 Neinstimmen und 9 Enthaltungen fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur nächsten Ratssitzung am 13.06.2013 einen überarbeiteten Gleichstellungsplan vorzulegen, der den gesetzlichen Vorschriften des § 15 des Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes (NGG) vom 09. Dezember 2010 entspricht und diesen gem. § 15 Abs. 4 des NGG unmittelbar den Beschäftigten zur Kenntnis zu geben.

Einwohnerfragestunde

(Nach Beginn der Tagesordnung im „öffentlichen Teil“)

Es wurden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer